

Die Stadt will das Breuninger-Gelände kaufen

Nichtöffentlicher Beschluss des Gemeinderats, der bereits seinen Niederschlag im am Donnerstag einstimmig verabschiedeten Haushalt 2015 findet

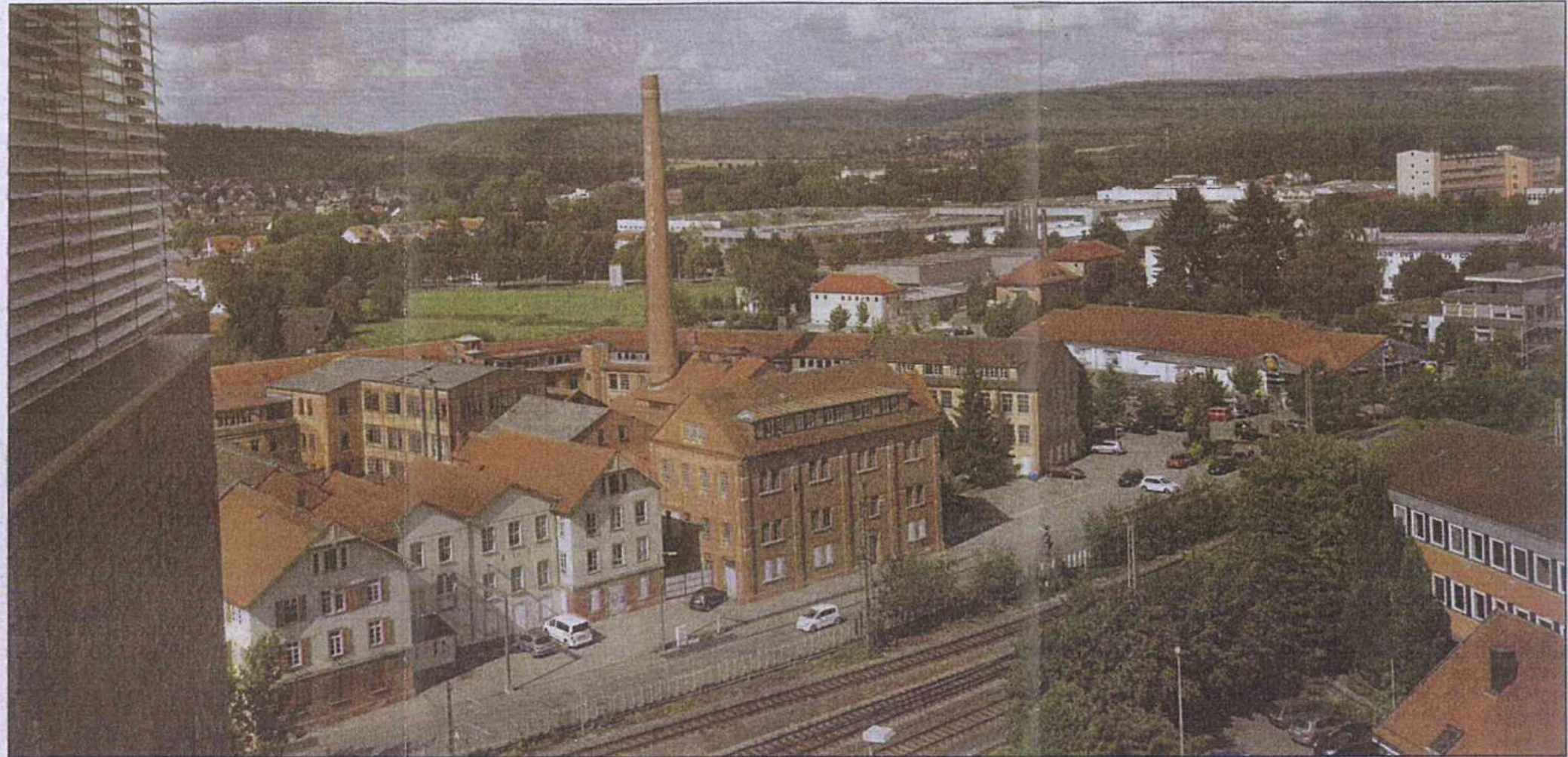
VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf. Mehrmals hat Finanzdezernent Thorsten Englert in seinen Anmerkungen zum Haushalt 2015 auf die 9,5 Millionen Euro hingewiesen, die gegenüber dem Entwurf als zusätzliche Ausgaben für den Erwerb von Gewerbeflächen eingeplant sind. Was er explizit nicht gesagt hat: dass in dieser Summe die Kosten für den Erwerb des Breuninger-Areals enthalten sind, den der Gemeinderat zuvor in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen hatte.

Die 9,5 Millionen Euro, in denen auch noch ein größeres, noch nicht abgeschlossenes und deshalb aus Sicht des Oberbürgermeisters auch noch nicht spruchreifes Grunderwerbsvorhaben enthalten ist – dem Vernehmen nach soll es sich um einen Teil des Bauknecht-Areals handeln –, seien Ausdruck einer „aktiven Grundstückspolitik“, die Schorndorf verstärkt betreiben wolle, sagte Oberbürgermeister Matthias Klopfer gestern auf Nachfrage und bestätigte die vom Gemeinderat unterstützte Absicht, das Breuninger-Gelände in städtischen Besitz zu bringen. Eine Entwicklung in diese Richtung hatte sich in den letzten Monaten abgezeichnet, nachdem zuvor verschiedene Nutzungskonzepte privater Investoren nicht den Gefallen des Gremiums gefunden hatten und es deshalb auch nicht zum Verkauf des Grundstücks, auf dem ein Insolvenzverwalter und diverse Banken die Daumen drauf haben, gekommen ist. Matthias Klopfer geht jetzt davon aus, dass nach dem formalen Beschluss des Gemeinderats einem Vertragsabschluss Anfang des neuen Jahres nichts mehr im Wege steht, nachdem sich sowohl der Insolvenzverwalter als auch die Banken mit dem von der Stadt gebotenen und etwas unter den ursprünglichen Forderungen liegenden Kaufpreis – die Rede ist von 2,6 Millionen Euro – bereiterklärt hätten.

Mit Blick aufs Arnold-Areal ein Seitenhieb für die CDU-Fraktion

Nachdem es vor ein paar Wochen nach der Klausurtagung des Gemeinderats noch so ausgesehen hatte, als sei die Zustimmung im Verwaltungsausschuss und im Gemeinderat nur noch Formsache, ist es in beiden Gremien noch einmal spannend und munter geworden. Während nämlich die Fraktionen von SPD, FDP/FW und Grünen zu einem vorbehaltlosen Erwerb des Breunin-



Beim jahrelangen Tauziehen ums Breuninger-Gelände ist ein Ende in Sicht, nachdem der Gemeinderat beschlossen hat, dass die Stadt das Areal zunächst einmal selber erwerben will.

Archivbild: Schneider

ger-Areals standen – unter anderem mit den Argumenten, dass es zu einer aktiven Stadtentwicklung auch Grundstücke im Besitz der Stadt brauche und dass es an der Zeit sei, dass auch einmal die Stadt selber Planungsgewinne einstreiche –, waren bei der CDU Stimmen gegen den Kauf des Geländes laut geworden. Während nämlich CDU-Fraktionschef Hermann Beutel und eine Mehrheit der Fraktion in einem Kauf die Möglichkeit sahen, einmal ein Gebiet ganz gezielt und mit mehreren Investoren zu entwickeln, gab's, wie Hermann Beutel auf Nachfrage sagt, eine Minderheit unter der – vermutlich – Wortführung von Ingo Sombrutski, der es genügt hätte, über das Bauungsplanverfahren Einfluss auf das zu nehmen, was auf dem Breuninger-Areal passieren soll. Was der CDU-Fraktion vonseiten der anderen Fraktionen, so wird berichtet, unter Berufung auf das Arnold-Areal den Seitenhieb eingebracht haben soll, es sei ja fast schon eine Garantie für den Erfolg eines Großprojekts, wenn die CDU-Fraktion nicht mitziehe.

Was in diesem Fall nicht zutreffend ge-

wesen wäre, weil laut Beutel die Fraktion dem Kauf des Breuninger-Geländes mehrheitlich auch ohne Bedingungen zugestimmt hätte. Weil der Fraktionschef aber bei dieser wichtigen Entscheidung die ganze Fraktion mitnehmen wollte, hat er dem Rest „eine Brücke gebaut“. Mit einem Antrag, in dem erstmals festgehalten ist, dass das für Kauf, Abbruch und Altlastenentsorgung eingesetzte Kapital von 2017 an wieder vollständig refinanziert wird, und in dem zweitens steht, dass auf dem Anwesen keine Einrichtungen untergebracht werden,

„die einmalig oder dauerhaft Subventionen der Stadt Schorndorf benötigen“. „Nicht“, so der CDU-Fraktionschef, „dass jemand auf die Idee kommt, dort ein Ledermuseum unterbringen zu wollen“. Bei einem Kindergarten sähe es unter dem Aspekt, dass die Überlegungen fürs Breuninger-Areal mittlerweile stärker in Richtung Wohnbau als in Richtung Handel gehen – wobei das Interesse von Rewe an einem großen Lebensmittelmarkt nach wie vor vorhanden ist – aus Sicht von Beutel eventuell anders aus, wenn damit gleichzeitig Ersatz für eine

andere Einrichtung geschaffen würde.

Ausgegangen ist die ganze Sache so, dass der Kompromissantrag der CDU-Fraktion zwar keine überwältigende, aber eine sichere Mehrheit gefunden hat – allerdings in modifizierter Form. Über den Refinanzierungsteil wurde gar nicht abgestimmt, nachdem der Oberbürgermeister deutlich gemacht hatte, dass die Refinanzierung Teil der städtischen Finanzplanung und somit ohnehin im Haushalt verankert ist. Und den Rest machte SPD-Stadtrat Thomas Berger kompatibel mit der Kompromissformel, dass auf dem Breuninger-Gelände nichts passieren darf, was die städtischen Subventionen in ihrer Gesamthöhe verändert (siehe Beutels Kindergarten-Beispiel). Anschließend wurde der Kauf des Breuninger-Geländes einstimmig beschlossen. Wobei „einstimmig“ Enthaltungen einschließt – in diesem Fall bemerkenswerterweise unter anderem die der beiden durch das Verhalten der CDU-Fraktion offensichtlich gleichermaßen verärgerten und irritierten Fraktionsvorsitzenden Karl-Otto Völker (SPD) und Peter Erdmann (FDP/FW).

Mindestparkgebühr von 50 Cent abgeschafft

■ Über 48 Haushaltsanträge hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am Donnerstag beraten und entschieden.

■ Der strittigste war der Antrag der FDP/FW-Fraktion, auf die Mindestparkgebühr von 50 Cent auf allen gebührenpflichtigen Parkplätzen zu verzichten

und künftig nur noch eine Mindestgebühr von zehn Cent zu verlangen.

■ Der vor allem von der CDU-Fraktion bekämpfte Antrag, der aber auch bei Oberbürgermeister Klopfer keinen Gefallen fand, wurde nach längerer Diskussion mit 18:13 Stimmen angenommen.